

NACHRICHTEN

«EU-Weise» nahmen Arbeit auf

HELSINKI: Bei ihrem ersten Treffen haben die drei EU-Beauftragten für die Beobachtung der politischen Situation in Österreich einen baldigen Besuch in Wien vereinbart. Nach ihrer nur wenige Stunden dauernden Unterredung am Donnerstag in Helsinki erklärten die «EU-Weisen» in einer Stellungnahme, sie wollten sich in der österreichischen Hauptstadt mit Vertretern der rechtskonservativen Regierung und den Vorsitzenden der Parteien treffen. Zu dem dreiköpfigen Gremium gehören neben dem deutschen Völkerrechtler und Leiter des Heidelberger Max-Planck-Instituts Jochen Frowein der frühere finnische Staatspräsident Martti Ahtisaari und der ehemalige spanische Außenminister Marcelino Oreja.

Neue Bootsflüchtlinge

ROM: Rund 500 Kurden erreichten am Donnerstag mit einem Flüchtlingsschiff Italien. Vier Besatzungsmitglieder aus Ägypten und Syrien wurden festgenommen. An Bord der unter indischer Flagge fahrenden «Sam» herrschten nach italienischen Angaben «miserable Zustände». Für die Menschen, darunter zahlreiche Kinder, habe es nicht einmal Trinkwasser gegeben. Mehrere Immigranten wurden auf hoher See wegen gesundheitlicher Probleme von italienischen Sicherheitskräften von Bord geholt. Die Flüchtlinge berichteten, sie seien vor fünf Tagen in der Türkei an Bord gegangen und hätten pro Kopf 3000 Dollar für die Überfahrt zahlen müssen.

Rote Karte für Mugabe

HARARE: Bei der Ankunft zur Eröffnung des neugewählten Parlaments ist der simbabwische Präsident Robert Mugabe am Donnerstag von tausenden Oppositionsanhängern ausgebuht worden. Die Menge forderte wiederholt einen Wandel, während Mugabe die Ehrenwache des Parlaments inspizierte. Das Parlament hat die grösste oppositionelle Fraktion in der Geschichte Simbawes: Alle 57 Abgeordnete der Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) trugen schwarze Trauerbänder, um an die 31 im Wahlkampf getöteten Menschen zu erinnern. Mugabe regiert Simbabwe seit der Unabhängigkeit der früheren britischen Kolonie 1980. Die Regierungspartei ZANU gewann bei der Wahl am 24. und 25. Juni 62 der 120 Sitze. Mugabe ernennet 30 weitere Abgeordnete. Während seiner Eröffnungsrede zückten viele Oppositionsanhänger vor dem Parlament rote Karten.

Beziehungen verbessern

PODGORICA: Die einstigen Kriegsgegner Kroatien und Montenegro wollen ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen verbessern. Der kroatische Außenminister Tonino Picula und sein montenegrinischer Kollege Branko Lukovac bekräftigten bei einem Treffen in Podgorica ihre gemeinsamen Interessen, zu denen vor allem die Stärkung von Demokratie und politischer Stabilität gehörten. Es war der erste Besuch eines ranghohen kroatischen Politikers in der zu Jugoslawien gehörenden Nachbarrepublik seit dem Beginn des Bürgerkrieges 1991. Beide Seiten wollen im September ein Freihandelsabkommen unterzeichnen und planen ausserdem eine Vereinbarung, die Reisen ohne Visa ermöglichen soll. «Wir haben lange auf diesen Besuch gewartet, vielleicht zu lange», sagte Lukovac und fügte hinzu, «ich hoffe wir beginnen nun eine Phase von sehr guten Beziehungen zwischen unseren Völkern und unseren Ländern.» Im Juni hatte sich der montenegrinische Präsident Milo Djukanovic bei den Kroaten dafür entschuldigt, dass seine Republik 1991 auf der Seite der jugoslawischen Armee gegen Kroatien gekämpft hatte.

Aufruf zum Frieden

NIKOSIA: Der Präsident der international nicht anerkannten türkischen Republik Nordzypern, Rauf Denktaş, hat die Griechen auf der Insel zum dauerhaften Frieden aufgefordert. Anlässlich des 26. Jahrestags des Einmarsches türkischer Truppen in Nordzypern rief Denktaş den Präsidenten der Republik Zypern, Glafkos Klerides, gestern dazu auf, eine Konföderation mit zwei gleichberechtigten Staaten auf der Mittelmeerinsel zu akzeptieren. Nur so könne die Teilung Zyperns überwunden werden, ergänzte Denktaş bei der traditionellen Militärparade in Nikosia. Dagegen sprach sich Klerides erneut dazu aus, einen zyprischen Staatenbund mit zwei Zonen zu schaffen.

Heute beginnt der G-8-Gipfel

Russland will Schuldenerlass erreichen – Friedliche Proteste gegen US-Militärpräsenz auf Okinawa

TOKIO: Einen Tag vor Beginn des G-8-Gipfels in Japan sind am Donnerstag elf Regierungschefs von Industrie- und Entwicklungsländern in Tokio zu Gesprächen zusammengelassen. Bei dem Treffen ging es in erster Linie um eine Verbesserung des Gesundheitssystems, des Erziehungswesens und der Technologie in armen Ländern.

Unterdessen haben zehntausende Japaner friedlich gegen die starke Militärpräsenz der USA auf Okinawa protestiert. Auf der Insel treffen sich am Wochenende die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industriestaaten und Russlands. Als erster traf am Donnerstag Bundeskanzler Gerhard Schröder ein.

US-Finanzminister Lawrence Summers bezeichnete die Gespräche in Tokio als «sehr produktiv». Es war das erste Mal, dass Vertreter von Entwicklungsländern an Gesprächen im Rahmen eines G-8-Gipfels teilnahmen. Unter anderem sassen die Präsidenten Olusegun Obasango aus Nigeria, Thabo Mbeki aus Südafrika und Abdelaziz Bouteflika aus Algerien in Tokio mit am Tisch. Zur Gruppe der G-8 gehören die sieben führenden Industrienationen – das sind Deutschland, die USA, Japan, Frankreich,



Die Regierungschefs der sieben führenden Industriestaaten und Russlands treffen sich heute zum Weltwirtschaftsgipfel in Japan. Von links, Englands Premierminister Tony Blair, Frankreichs Präsident Jacques Chirac, Japans Premierminister Yoshiro Mori, der kanadische Premier Jean Chretien und Italiens Premier Giuliano Amato.

Grossbritannien, Italien und Kanada – sowie Russland.

Der Weltwirtschaftsgipfel beginnt heute Freitag auf Okinawa und endet am Sonntag.

Der japanische Ministerpräsident Yoshiro Mori traf sich vor Beginn des Gipfels als Gastgeber mit ver-

schiedenen Kollegen zu bilateralen Gesprächen in Tokio. Am Donnerstag sprach Mori mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Jean Chretien, dem italienischen Regierungschef Giuliano Amato und dem britischen Premierminister Tony Blair. Nach Aufgaben des japani-

schen Aussenministeriums ging es dabei unter anderem um das Verhältnis Japans zu Nordkorea.

Beide Länder wollen in Kürze ihre 1992 abgebrochenen Gespräche über eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen.

«Die Kluft bleibt beträchtlich»

Nahostgespräche gehen nach dramatischer Kehrtwende weiter – Verhandlungen ohne Clinton

THURMONT: Nach einer dramatischen Kehrtwende in letzter Minute wollen Israels und Palästinenser auch ohne die Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton weiter in Camp David über ein Friedensabkommen verhandeln.

Nachdem schon das ergebnislose Ende des Gipfels verkündet war, entschlossen sich der israelische Ministerpräsident Ehud Barak und der palästinensische Präsident Jassir Arafat in der Nacht zum Donnerstag, doch wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Nach der Abreise Clintons zum G-8-Gipfel nach Japan übernahm Aussenministerin Madeleine Albright die Vermittlung. Albright traf sich am Morgen

zunächst mit dem amerikanischen Verhandlungsteam und wollte später zu getrennten Gesprächen mit Barak und Arafat zusammenkommen. Ein Sprecher des Aussenministeriums verbreitete vorsichtigen Optimismus: «Wir wären nicht hier, wenn wir nicht an die Chancen für eine Einigung glaubten», sagte Richard Boucher.

Wenige Stunden zuvor hatte der völlig übernachtete Clinton vor seiner Abreise nach Okinawa persönlich die Fortsetzung der Gespräche verkündet. Am zehnten Tag der Verhandlung in dem Präsidenten-Landsitz erklärte er: «Die Kluft bleibt beträchtlich, aber es hat auch Fortschritt gegeben.» Alle müssten bereit sein, für die historische Chance auf die Beendigung des 52-jähri-

gen Konflikts in die Verlängerung zu gehen. Allerdings sollte es «keine Illusionen über die vor uns liegende Aufgaben geben», warnte er vor allzu grossen Erwartungen nach der dramatischen Wende. Ein Scheitern der Verhandlungen wäre «sehr schlecht» für Barak und Arafat gewesen, fügte der Präsident hinzu. Die überraschende Entscheidung fiel, nachdem die israelischen und palästinensischen Delegationsmitglieder ihre Koffer bereits gepackt hatten. Der überraschte Clinton sagte knapp: «Niemand wollte abreisen, niemand wollte aufgeben.» Vorher hatte Clintons Sprecher Joe Lockhart eine Erklärung verlesen lassen, dass das Treffen in Camp David «ohne Vereinbarung zu Ende gegangen» sei. Die strittigen Punkte sind weiter-

hin die zukünftigen Grenzen eines unabhängigen Staates Palästina, das Schicksal von Millionen palästinensischen Flüchtlingen und vor allem der Status Jerusalems, dessen Osten die Palästinenser zu ihrer Hauptstadt machen wollen. In palästinensischen Kreisen wurde die Nachricht von der Gipfelverlängerung erleichtert aufgenommen. «Das ist eine neue Chance, und ich hoffe, sie wird für eine Vereinbarung genutzt», sagte der Washingtoner Gesandte der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Hassan Abdel Rahman. Das israelische Delegationsmitglied Eldad Janiv betonte im israelischen Rundfunk, es müsse eine Lösung gefunden werden. «Wir müssen wirklich jeden Stein umdrehen, um eine Lösung zu finden», sagte er.

EU will US-Tabakfirmen auf Schadenersatz verklagen

Wegen Zollaussfällen in Milliardenhöhe durch Zigaretzenschmuggel

BRÜSSEL: Wegen Milliardenverlusten an Zolleinnahmen, die der Europäischen Union durch Zigaretzenschmuggel entstehen, will die EU-Kommission amerikanische Tabakfirmen auf Schadenersatz verklagen.

EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer soll im Auftrag der Behörde eine Zivilklage vor US-Gerichten vorbereiten, wie ihr Sprecher Luc Veron am Donnerstag mitteilte. «Wir wollen unser Geld zurück», sagte Veron. Die illegale Einfuhr von Zigaretten in die EU werde in einem solchen Ausmass betrieben, dass die grossen Tabakfirmen davon Kenntnis haben müssten, fügte er hinzu.

Es ist das erste Mal, dass die EU-Kommission eine Schadenersatzklage anstrebt. Darüber hinaus würden auch die Kontrollen an den EU-



Vietnamesen versuchen, geschmuggelte Zigaretten auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen.

Aussengrenzen verschärft und die Zusammenarbeit mit den Zollbehörden der Drittstaaten ausgedehnt, sagte Veron.

Zigaretzenschmuggel ist seit Jahren der grösste Posten, den der Europäische Rechnungshof in seinen Bilanzen über Betrug am EU-Haushalt auflistet. Gleichwohl habe die illegale Einfuhr von Tabakerzeugnissen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, sagte Veron. Die EU-Kommission könne aber erst jetzt handeln, da sie nun genügend Beweise zusammengetragen habe.

Auf Ermittlungserkenntnisse der kommissionsunabhängigen EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF wollte der Sprecher nicht eingehen, da die Kommission nicht schon vor Eröffnung des Verfahrens alle ihre Karten auf den Tisch legen könne. Die Vorbereitung der Klage werde

einige Monate dauern, kündigte er an.

Veron bezifferte die Höhe der Verluste an Zolleinnahmen auf «Milliarden» Euro oder Dollar. Im Jahr würden Tausende Lastwagengeladungen Zigaretten in die EU geschmuggelt. Pro Lastwagen gingen eine Million Euro an Zöllen und Steuern verloren. Zölle fliessen direkt an den Gemeinschaftshaushalt, während Mehrwertsteuereinnahmen an die Mitgliedsländer gehen. Mit den Mitgliedsländern war das Vorgehen der Kommission nach Auskunft aus Delegationskreisen bislang noch nicht abgestimmt.

Die EU-Staaten sind von den Mehrwertsteuerausfällen unterschiedlich betroffen. In einigen Ländern, so vermutete Veron, beträgt der Anteil des Zigaretten schwarzmarktes zehn Prozent am offiziellen Handel.